

Gärtner-Zeitung

Organ des Verbandes der Gärtner und Gärtnerarbeiter, Sitz Berlin

Veröffentlichungsblatt der Gärtner-Krankenkasse (Ersatzkasse), Sitz Hamburg

Bezugspreis vierteljährlich durch die Post 1,50 M.
vierteljährlich durch Streifband 1,80 M.

Schriftleitung: Berlin S 42, Luisenufer 1. Tel. Mpl. 3725
Postscheckkonto: Berlin 10301, Albert Lehmann

Erscheint alle 14 Tage Sonnabends

Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene Millimeterzeile 0,15 Goldmark. Bei Abschlüssen Rabatt, der nur als Kasserabatt gilt. Verbandsmitglieder zahlen für Gelegenheits-Anzeigen pro Wort 0,10 Goldmark, das fettgedruckte Ueberschriftswort 0,30 Goldmark. Die Preise sind freibleibend. Alleinig Anzeigenannahme durch Krieger-Dank O. m. b. H., Berlin SW 11. Königgrätzer Straße 97. Fernsprecher: Hasenheide 2780, 2781, 4718, 4738, 4739, 4759. Postscheckkonto Berlin 47910.

Für die Zeit vom 1. bis 7. Mai ist der 18. und vom 8. bis 14. Mai der 19. Wochenbeitrag fällig.

Neue Verbandsadresse.

Die Hauptversammlung verlegt am 3. Mai d. J. ihr Büro nach Berlin C 2, An der Stralauer Brücke 6, IV. Zuschriften sind also ab 3. Mai an diese Adresse zu richten.

Auch für die Gauverwaltung Brandenburg, und die Ortsverwaltung Berlin gilt ab 15. Mai die obige Adresse, nur befindet sich deren Geschäftsstelle im III. Stock.

Die neuen Büros liegen in unmittelbarer Nähe des Stadtbahnhofes Jannowitzbrücke im Hause des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten. Die Telephonnummer wird noch später bekanntgegeben.

Vom 14.—16. Mai sind die Büros geschlossen. Wir ersuchen alle Mitglieder, dringende Bestellungen sofort aufzugeben, damit sie noch vor dem Umzug erledigt werden können.

Der Verbandsvorstand.

Zum Maienfest der Arbeit.

Jubelnd steigt aus der grünenden, blütengeschmückten Flur die Lerche empor in den blauen, heiter lachenden Himmelsäther, gleichsam als wollte sie auch uns Menschen ermuntern, unsere Seelen zu erheben zu allem Hohen, Schönen, Erhabenen. Und fürwahr, auch unsere Herzen schlagen höher, stärker klopfen die Pulse, denn der Mai ist da! Die einen Mondwechsel umspannende Folge sonnengeküßter Tage im Schmuck der zu höchster Schönheit wieder erstandenen Natur, besungen von Dichtern aller Zeiten, wird immer wieder von neuem freudig begrüßt von der Menschheit — vor allem von der arbeitenden, schaffenden, die, weil sie gebunden an die Mühen der Arbeit, deren Erdschwere viel stärker empfindet als derjenige Teil, der nur die angenehmen Seiten, die Erträge der Arbeit kennt, schätzt und verwendet. So ist es denn erklärlich, wenn uns Schaffenden gerade in diesen Maitagen der Gedanke kommt, an dem Jubilieren der Natur teilzunehmen, uns einzufügen in dieses große Maienfest.

Vor allem uns Arbeitsbienen der Gärtnerei, die wir mehr als die Angehörigen anderer Berufe aus eigener tieferer Erkenntnis der natürlichen Triebkräfte wissen, welche ungeheure Arbeit die Natur zu leisten hat, bis sie diese Maien-Wunderwerke erschafft, uns muß die Erkenntnis auch näher liegen, daß diese Maitage die gegebenen sind zu einem Fest der Arbeit, zu einem Maienfest der Völker. Allerdings haben wir außer den durch die Natur gegebenen freudig stimmenden Momenten sonst recht wenig Veranlassung, Freudenfeste zu begehen. Aber es lag ja auch nicht im Sinne der Teilnehmer jenes internationalen Arbeiterkongresses in Paris im Jahre 1889, die die Idee eines Weltfestes der Arbeit zum Beschlusse erhoben, es lediglich als Fest der Freude zu begehen. Sondern ausgehend von der Erkenntnis, daß wahre Lebensfreude erst durch Erfolge des Kampfes um ein Leben, wie es uns lebenswert, bedingt ist, wurde ein Maitag, und zwar der 1. Mai, auch diesem Kampfe geweiht. Internationaler Arbeiterschutz und achtstündiger Arbeitstag waren die ersten Forderungen, die als Kulturideale der Arbeiterschaft in den Vordergrund gehoben wurden.

Heute, nach 38 Jahren, kämpft die deutsche Arbeiterschaft gegen eine Verschlechterung gerade dieser Postulate einen ganz besonders schweren Kampf. Und wir von der Gärtnerei stehen in diesem Ringen um ein einheitliches und besseres Arbeitsrecht an besonders hart bedrängtem

Flügel. Da ist es wohl angebracht, auch am schönsten Tage des Mai uns und vor allem denen, die in ihrer Gleichgültigkeit die sie umgebenden Gefahren noch immer nicht erkennen oder sie unterschätzen, deren ganze Schwere vor Augen zu führen. Denn die Erkenntnis dessen, um das der Kampf geht, wird die Weihe des Festes erhöhen.

Doch wir wollen nicht vor den eigenen Nöten und Sorgen das Geschehen im weiten Erdenrund übersehen oder gar verkennen. Schwer unwölkt ist der Horizont, soweit wir sehen. In China loht die Fackel des Krieges, die junge Organisation des dortigen Proletariats bedrohend. Die englisch-russischen Konflikte spitzen sich immer mehr zu, über dem Balkan hängt eine schwere politische Wetterwolke, von neuem den Frieden Europas bedrohend, der italienische Faschismus läßt immer neue Gefahrenquellen erkennen. Überall sehen wir den europäischen und amerikanischen Kapitalismus auf der Suche nach neuen Möglichkeiten, die „Wirtschaft zu durchdringen und zu erschließen“.

In den englischen und belgischen Kolonien Afrikas, im französischen Indochina, auf den zu Amerika gehörigen Philippinen, und wer weiß wo sonst noch überall, geht das Bestreben der Kapitalmächte dahin, den Eingeborenen die eigene Scholle zu entreißen, sie damit zu entwurzeln und neue gewaltige Armeen proletarisierter Arbeitskräfte sich dienstbar zu machen. Große gewaltige Pflanzkulturen zur Gewinnung von Baumwolle, Gummi, Kalmöl usw. und neue ungeheure Profite verheißende Industriegebiete will dieser gierige Kapitalismus „erschließen“, dem wir unseren Weltkrieg zu danken haben, und der am Werke ist, neue Kriegsbrände zu entfachen.

Darum ist es notwendig, daß die Arbeiterschaft aller Nationen sich auf ihre Selbst- und Mitbestimmung besinnt, und diese fordert als erstes den Völkerfrieden. In diesem Willen zum Frieden der Völker schlummert die neue Zeit, die uns nur einen gemeinsamen Feind erkennen lassen wird, eben den Moloch Kapitalismus.

In diesem Jahre ist der Tag des Weltfeiertags ein Sonntag. Dieser gibt uns die Möglichkeit, in unsere Veranstaltungen einen größeren Kollegenkreis einzubeziehen als sonst. Nützen wir die Gelegenheit, werben wir für die Gedanken, die allen gewerkschaftlich gesinnten Arbeitern der Welt gemeinsam sind. Damit bereiten wir den Weg zu dem einzigen Tage eines Siegesfestes der Arbeit.

Ist's wirklich die Dummheit der anderen?

Wie oft hören wir als tätige Vertrauensleute des Verbandes nicht Reden, wie etwa die folgende: „Ja, ja, das ist alles ganz richtig, ist völlig klar, aber ich habe den Glauben an eine bessere Zukunft verloren, es scheidet doch alles an der Dummheit der Menschen.“ So zweifeln viele an dem Fortschritt unserer Bewegung; sie meinen, unsere Kulturgüter würden nie Allgemeinut der ganzen Menschheit werden, weil die Dummheit oder Unwissenheit, die Denkfaulheit der Menschen dies verhindert.

Das ist eine falsche Einstellung. Es zeugt auch nicht von Mut, so dem Kampf für ein besseres Menschentum auszuweichen, sich zu keiner Weltanschauung zu bekennen, weil — nun ja weil man die Dummheit der anderen als ein Feigenblatt seiner eigenen Schwächlichkeit benutzt. Versuchen wir es doch einmal, den Dingen ernsthaft zu Leibe zu gehen.

Einer der weisen der alten Griechen sagte einst: „Ich weiß, daß ich nichts weiß.“ Das klingt widersinnig und trifft doch vor allem für die zu, die sich nicht auf eine bestimmte Grundlage stellen können, um von dieser aus ihre Umwelt, schließlich auch einmal sich selbst zu beurteilen. Wer ewig schwankt, wird ein ewig zagender, fragender Schwächling ohne jeden Wagemut, jede Lebenslust und -freude sein. Er wird vor lauter „Wenn“ und „Aber“ nicht zur befreienden, sittlichen Tat kommen. Er wird heute dies und morgen jenes versuchen, um übermorgen auf halbem

Wege wieder stehen zu bleiben, zu probieren, zu spekulieren, ob das Ziel nicht bequemer ohne Kampf, Gefahr und Risiko zu erreichen sei, um dann schließlich gleich einem Spieler durchs Leben zu gehen, sich und anderen zur Last.

Nein, wir müssen einen Standpunkt haben, der unser eigenstes, inneres Ich befriedigt, uns zu jeder Frage von einem bestimmten Punkte aus Stellung nehmen läßt, einen „ruhenden Pol in der Erscheinungen Flucht“ brauchen wir, ein jeder als Person. Doch warum finden den viele Menschen so schwer, so langsam, so spät? — Ihr sagt: aus Dummheit.

Der Mensch, der normal an Körper und Geist geboren, trägt die Anlagen in sich, alles das zu erkennen, was die Umwelt, schließlich auch die Wissenschaft des 20. Jahrhunderts hervorgebracht. Nur infolge unserer widernatürlichen Gesellschaftsform, der kapitalistischen, wird das allerdings von einer durch die Arbeit anderer reich gewordenen Oberschicht, die sich gern auch die gebildete nennt, beschlagnahmt. Gibt es denn nun aber kein Mittel, dieses Wissen Allgemeingut aller werden zu lassen, um aus dem Sklaventum, aus der Unkultur herauszukommen? Ist wirklich alle Hoffnung verloren?

Hast nicht auch du, lieber Leser, schon Stunden erlebt, in denen Gedanken wie ein sprudelnder Quell über dich kamen, dein Auge nach innen sich aufatet, wie eine Knospe, die da bisher geschlummert und plötzlich aufbricht? Irgendein äußeres Erlebnis rüttelte dich wach; du warst wie trunken vor Freude, es trillerte in dir gleich der Lerche, die du der Sonne entgegenfliegen sahst. Doch bald, oft schon am Abend des gleichen Tages, war dieser Lichtblick schon wieder erloschen, dein Geist umdunkelte sich wieder mehr und mehr, Not und Proletarierleid ließen dich wieder in trauernde Melancholie versinken. Dann suchtest du wohl nach jenem einzigen klaren Gedanken, aber fandest ihn nicht mehr. Dann tatest du, was so viele tun, suchtest gewaltsam und künstlich dir die Freuden des Lebens zu erringen. Alkohol, nicht immer gute Gesellschaft und sonstige Dinge wurden für dich Wege, um das Leben dir lebenswert zu machen — auf Minuten. So wurdest du dieses Leben gewohnt. Sechs Tage Fron, einen Tag Freude, sinnlicher, materieller Freude. Du, der einst auch den Werktag, alle Tage des Lebens überhaupt zu einer einzigen Freude gestalten wolltest, du, der das Leben voll und ganz bejahen wolltest, wurdest so ein elender Kostgänger einer geschminkten, falschen, unwahren Freude, die dich vielleicht sogar zum Sklaven von Leidenschaften oft unter das Tier herabwürdigte.

Und warum das alles? Weil die Dummheit in dir und über dich siegte. Aber woher kam diese Dummheit? Sie entstand aus den Verhältnissen, in die hinein du geboren. Doch sind denn die unabänderlich? Ich sage dir, erkenne deren Herrschaft über dich nicht an, unternehme mutig die befreiende Tat, dich aus ihren Banden selbst zu erlösen, suche ein wollender, wissender Mensch zu werden, dann verliert auch die Dummheit ihre Gewalt über dich, und du wirst fähig, auch andere ihrem Bann zu entreißen. Führe deine Klassenlage stets dir vor Augen, erkenne deine Feinde, die diese natürliche kapitalistische Gesellschaftsform, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen als gerechte, als göttliche, unabänderliche Weltordnung heilig preisen.

Hier ist der Hebel, hier greife an, hier beginnt deine Befreiung! Lerne für dich und deine Klasse arbeiten und denken. Schmiede dir selbst freudig deine Waffen, um erst dich selbst zu befreien von all dem Schutt und Staub, die Unwissenheit zur Dummheit werden lassen. Lerne kritisch an dir selbst und gerecht anderen gegenüber zu werden. Betätige dich in der Gewerkschaft und Partei, lese gute Bücher, treibe grundlegende Geistesarbeit. Suche in die Weltanschauungen einzudringen, aus der Menschheitsgeschichte zu lernen, lasse dich durch die bisher unwiderlegte, von Marx und Engels begründete materialistische Geschichtsauffassung einführen in eine neue große Gedankenwelt, studiere die ökonomischen Lehren, benutze unsere Bildungskurse, und — die Dummheit, die stärkste Fessel der Menschen, fällt ab von dir. Überwinde also die Trägheit, schreite zur Tat! Werde ein schürfender, zielbewußt handelnder Mensch, ein Wecker und Rufer, nur so überwinden wir den Feind, den wir am allermeisten hassen, den Unverstand der Massen.

Gg. Koch, München.

Unsere Lohnbewegungen.

In den Holsteinschen Baumschulen ist die Lohnbewegung endlich mit Erfolg beendet. Erst als die Unternehmer sahen, daß mit einem Streik zu rechnen war, erkannten sie den gewiß bescheidenen Schiedsspruch an. Ausführliches hierüber sagt der besondere Bericht des Koll. Runge.

In Bayern lehnten die Arbeitgeber jede Lohnerhöhung ab. Unter dem Vorsitz des Landesschlichters trat ein Schiedsgericht zusammen, das sowohl für die Erwerbsgärtnerei, als auch für die Staatsbetriebe eine 7prozentige Lohnerhöhung in seinem Spruch festsetzte. Diese Regelung soll bis zum 30. September d. J. gelten.

In Württemberg haben die Unternehmer den Schiedsspruch abgelehnt. Es liegt jetzt an unsern Mitgliedern, die Unternehmer zur besseren Einsicht zu bringen.

In Wiesbaden erfolgte eine Lohnerhöhung von 3-5 Pf. pro Stunde. Diese Neuregelung gilt bis 1. Oktober.

Die Verhandlungen für die Dresdner Landschaftsgärtner waren gescheitert. Die Arbeitgeber boten 4 Pf. Lohnzulage ab 15. April und weitere 2 Pf. ab 1. Oktober. Die Geltungsdauer wurde aber bis zum 1. Juni 1928 verlangt. Das war für unsere Kollegen unannehmbar. Der angerufene Schlichtungsausschuß fällt einen Spruch, der von beiden Parteien angenommen wurde. Es erhalten Anlagenleiter 105 Pf., Gehilfen 90 Pf. und Arbeiter 85 Pf. Ab 1. Oktober erfolgt für jede Lohnstaffel 1 Pf. Aufschlag.

Für die Blumengeschäfte sieht der Spruch des Schlichtungsausschusses eine Zulage von 2 M. für alle Staffeln vor.

Der Schiedsspruch für die Dresdner „Erwerbs“-Gärtnerei ist von beiden Parteien angenommen. Der Spitzenlohn für Gehilfen beträgt jetzt 64. für Arbeiter 60 und für Arbeiterinnen 36 Pf.

Für die Landschaftsgärtnerei in Hannover machten die Unternehmer ein Angebot von 5 Pf., in dem auch die Mieterhöhung vom 1. Oktober eingerechnet sein soll. In unserer Versammlung wurde dem Ergebnis gegen eine erhebliche Minderheit zugestimmt.

Zu dem Bericht über die Lohnbewegung in Bremen in Nr. 8 der „A.D.G.Z.“ ist zu bemerken, daß die Zulagen auch für die Topfpflanzenbetriebe gelten.

Zu dem Bericht in voriger Nummer ist bezüglich Frankfurt am Main zu berichtigen, daß der Spitzenlohn für Neuanlage und Privat nicht 90, sondern 98 Pf., und für Instandhaltung nicht 82, sondern 87 Pf. beträgt.

Die Lohnbewegung in der Landschaftsgärtnerei Königsberg konnte noch nicht abgeschlossen werden. Der Schlichtungsausschuß entscheidet darüber am 23. d. M. Auch für die Handelsgärtnerei ist eine tarifliche Regelung in die Wege geleitet. Die Unternehmer wollen am 26. d. M. dazu Stellung nehmen. Das Organisationsverhältnis in dieser Branche ist gut.

Der neue Lohn tarif für die schlesische Landschaftsgärtnerei sieht für Anlageleiter einen Lohn von 1,05 M., für Gehilfen 95 Pf. und für Arbeiter 70 Pf. vor. Das Abkommen ist unbefristet.

In Liegnitz ist für die Kollegenschaft der Ausstellung die Anerkennung des obigen schlesischen Landschaftslehntarif durchgesetzt worden, jedoch erst, nachdem infolge des Streik ungenügenden Entgegenkommens der Ausstellungsleitung der Streik um unsere Forderungen in bedrohliche Nähe gerückt war.

In der Forstbaumschule Emmerich in Celle sind die Halstenbeker Löhne gefordert. Hier muß der Schlichtungsausschuß entscheiden, weil der Unternehmer zu Verhandlungen nicht bereit ist.

In Braunschweig beträgt der Spitzenlohn der Landschaftsgärtner jetzt 83 Pf. Bei besserem Organisationsverhältnis hätte mehr erreicht werden können.

Die Bewegungen der Landschaftskollegen in Bielefeld und Leipzig stoßen auf erhebliche Schwierigkeiten. Die Unternehmer erklären in beiden Orten, daß ihrerseits keine Organisation besteht (??) Die Forderungen müssen deshalb betriebsweise unterbreitet und durchgesetzt werden. Weitere Stärkung unserer dortigen Organisationen wird bald auch die Arbeitgeber zu gleichem Tun und Handeln veranlassen bzw. zum Herausreten aus den Kullsen.

Der Lohnkampf in den Baumschulen von Halstenbek-Rellingen.

Schon öfter mußten wir Anlaß nehmen, über Lohnbewegungen im obigen Gebiet zu berichten. Auch der letzte Lohnkampf ist so lehrreich, daß wir kurz darüber berichten wollen. Zeigt er uns doch recht drastisch, wie wahr das Wort in unserer Verbandszeitung Nr. 8 ist: „Aufwärts nur mit Hilfe der Organisation!“. Ziehen wir hieraus die Schlußfolgerung, noch mehr für den Ausbau des Verbandes in jeder Beziehung Sorge zu tragen, verstehe jeder Kollege und jede Kollegin endlich, daß die Lohn- und Arbeitsbedingungen einzig und allein von der festgefühten Schlagfertigkeit des Verbandes abhängig sind. Lohnfragen sind Machtfragen, diese Wahrheit kann manchem Kollegen nicht oft genug eingehämmert werden. Darum sorgen wir alle jederzeit und über all rechtzeitig für den guten Ausbau der Organisation, damit wir nötigenfalls unsere Forderungen auch gegen den größten Widerstand durchsetzen können.

Im letzten Herbst berichteten wir schon, daß die Halstenbek-Rellinger Unternehmer versuchten, den Lohn der Arbeiterinnen abzubauen. Wir konnten das damals durch die geschlossene Einigkeit der Kollegenschaft abwehren. Die Unternehmer gaben sich hiermit aber nicht zufrieden, sondern stellten im Winter erneut an uns den Antrag, in einen Abbau der Frauenlöhne für die Wanderarbeiterinnen einzuwilligen. Wir mußten das selbstverständlich wieder ablehnen. Hierauf kündigten die Unternehmer den Lohn tarif und versuchten, im Winter durch ihre Werber in Schlesien usw. die Wanderarbeiterinnen zu einem niedrigeren

Lohnsatz anzuwerben, was ihnen auch zum Teil gelang. Die Kolleginnen stimmten dem Lohnabbau bei ihrer Neuanwerbung zu in der festen Zuversicht, unser Verband werde den Lohnabbau schon abwehren, wenn sie erst wieder in den Betrieben seien. War diese Zuversicht auch recht erfreulich, so hatten die Kolleginnen doch hierdurch uns die Verhandlungen sehr erschwert, weil die Unternehmer damit operierten, bei den Kolleginnen Verständnis für den Lohnabbau gefunden zu haben. Später taten sie dann noch ein übriges, indem sie die Kolleginnen dauernd durch Überstunden von den Versammlungen abhielten, damit diese ja nicht über den Lauf der Dinge orientiert würden. Durch Androhung von Entlassungen für den Fall, daß Kolleginnen den Besuch der Versammlungen wagen sollten, wurden diese Maßnahmen verstärkt.

Wie in allen Orten, so beantragte auch hier unsere Kollegschaft als Ausgleich für die Teuerung eine Lohnerhöhung um 15 Proz. Es dürfte wohl einzig dastehen, daß hierauf die Unternehmer einen Abbau des Lohnes, und zwar um 20 Proz. in allen Klassen forderten. Unter diesen Umständen war natürlich eine gütliche Einigung unmöglich. Der angerufene Schlichtungsausschuß fällte einen Schiedsspruch, der die Beibehaltung der Frauenlöhne und die Erhöhung der Männerlöhne um 2 bis 4 Pf. vorsah. Unsere Kollegen nahmen den Schiedsspruch an, die Unternehmer lehnten denselben ab. Auch in der Verhandlung über die Verbindlichkeitserklärung konnte keine Einigung gefunden werden. Wir waren bereit, die Schiedsspruchlöhne bis zum 31. März 1928 festzulegen, die Unternehmer forderten Festlegung derselben bis zum 1. Mai 1928. Das war für uns vollkommen undiskutabel, damit wäre eine eventuell erforderliche Lohnbewegung im Frühjahr 1928 abgewürgt worden. Interessant war bei diesen Verhandlungen, daß die Unternehmer nicht nur eine Verteuerung der Lebenshaltung seit 1925 abstritten, sondern sogar die Behauptung aufstellten, es sei seitdem billiger geworden. Und diese Leute, die wie die blinde Kuh herumlaufen, behaupten, wir verständen nichts von der Wirtschaft.

Zur Durchführung unserer berechtigten Forderung blieb uns unter diesen Umständen nur noch das letzte Mittel, der Streik, übrig, falls die Unternehmer nicht noch in letzter Stunde einlenken würden. Durch Flugblatt gaben wir unsere Entschlossenheit zu dem von den Unternehmern uns aufgezwungenen Kampf bekannt, machten aber gleichzeitig darauf aufmerksam, daß der Kampf dann nicht um den Schiedsspruch, sondern um unsere ursprünglich gestellte Forderung aufgenommen und geführt werden würde.

Diese Androhung des Streiks genügte für dieses Mal, um die Unternehmer zur Einsicht und zum Nachgeben zu bringen. Einige Stunden vor der Versammlung, die den Streik beschlossen hätte, erklärten sie ihre Zustimmung zu der Lohnregelung nach dem Schiedsspruch. Wenn es nun den Unternehmern möglich war, so deshalb, weil sie erkannten, daß wir einen einmal aufgenommenen Kampf mit unserer entschlossenen Mitgliedschaft auch bis zum siegreichen Ende durchgeführt hätten.

Es mag nun aber einmal betont werden, daß die Bewegung schon viel früher und einen noch besseren Abschluß hätte finden können, wenn nicht auch in den hiesigen Baumschulen noch immer ein Teil der Beschäftigten glaubt, immer mit ernten zu können, ohne selbst gesät zu haben. Ob eine solche Einstellung sich aber nicht rächt, wenn es doch einmal wirklich ganz ernst wird? Wir möchten deshalb diesen Kollegen und Kolleginnen zurufen, endlich aus ihrer Gleichgültigkeit herauszutreten und auch ihr Teil zu der Gesamtbewegung beizutragen. Was die Organisation für die Kollegschaft zu leisten vermag, wenn alle ihr Gefolgschaft leisten, das hat uns diese Lohnbewegung doch wieder am besten gezeigt.

Mag aber auch die Kollegschaft überall erkennen, daß die Unternehmer nichts so fürchten als die geschlossene Einigkeit unserer Kollegen innerhalb unseres Verbandes. Diese überall und in allen Branchen herzustellen, das ist und bleibt eines unserer Hauptziele, und hieran mitzuarbeiten sollte jeder als seine eigenste Angelegenheit betrachten.

Runge.

Baumschulheimlichkeiten.

Bei den diesjährigen Lohnverhandlungen für Baumschulbetriebe trat ganz besonders ein Umstand in die Erscheinung, der fast alle örtlichen Verhandlungen außerordentlich erschwerte, nämlich vorliegenden Direktiven, Anweisungen einer zentralen Stelle. Sie wurden freilich in jedem Falle gelegentlich, sogar bestritten, doch nach den jetzt vorliegenden Ergebnissen erfahren unsere Annahmen ihre Bestätigung. Noch immer ist der Grund nicht recht ersichtlich, warum diese zentralen Anweisungen von den einzelnen Baumschulbesitzern nicht zugegeben wurden, ist es doch hinlänglich bekannt, daß die Herren im „Bund der Baumschulbesitzer“ zusammengeschlossen sind und sich in diesem eine noch immer recht straffe, auf Disziplin haltende Organisation geschaffen haben. Daran dürften auch die Preisunterbietungen einiger Baumschulen in Schlesien und Liebenwerda nichts ändern, um so weniger als es sich da zum Teil um Außenseiter handelt. Aber

gerade von diesen eingerissenen Übungen einer Schmutzkonkurrenz aus betrachtet, müßte doch eigentlich der zentralen Leitung einer Arbeitgeberorganisation der Gedanke kommen, auch durch Ausdehnung und Stärkung des Arbeitstarrigedankens den Preisunterbietungen entgegenzuwirken. Früher haben auch solche Erwägungen bestanden, sogar einmal in der Einleitung von Verhandlungen über einen Reichstarrif für die Baumschulen einen Ausdruck gefunden. Und das war nicht die einzige Äußerung derartiger Gedanken. Erhielten wir doch sogar eines schönen Tages das Angebot einer beträchtlichen Geldsumme, wenn wir schmutzkonkurrierende Firmen bestreiken wollten. Selbstverständlich wurde von uns abgelehnt, solche Unternehmersubvention in unser Waffenarsenal zu übernehmen.

Bei solcher von Ethik und Moral nicht angekränkelten Einstellung mancher Baumschulunternehmer ist es für den Kenner der Verhältnisse kein Wunder, wenn eine offene Kampfweise dort nicht beliebt ist. Darum erscheint auch das Organ des B. D. B. noch immer unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Haben wir somit nicht das Vergnügen, es regelmäßig genießen zu können, so finden doch gelegentlich einige Exemplare den Weg zum Luisenufer in Berlin, immer gerade dann, wenn etwas besonders Bemerkenswertes darin zu lesen ist.

Neben schon berührten Dingen interessieren uns stets die Bemühungen unserer Unternehmer, sich selbst von den notwendigsten Steuern zu drücken. Um das noch besser als bisher fertig zu bringen, hat der Bund als Steuersyndikus einen Herrn Lebens, Elmshorn, angestellt. Von allgemeinem Interesse dürfte auch sein, daß das Finanzministerium die bisherigen Angaben des Bundes als ungenügend erachtet und deshalb den einzelnen Finanzämtern anheimgibt, die Grundwerte nach eigenem Ermessen festzustellen. Demgegenüber wird, dem Vorgehen der Landbund-Agrarier folgend, die Parole ausgegeben, unbedingt gegen jede Einschätzung, die die landwirtschaftlichen Sätze übersteigt, Einspruch zu erheben.

Hier erkennen wir wieder die dirigierende Hand der Bundesleitung. Doch wir fragen uns erneut: Warum die Heimlichkeit, wenn man berechnigte Interessen vertritt? Oder sollte man von dieser Berechtigung doch nicht so ganz überzeugt sein?

Die Garten-Bauern auf dem Kriegsfuß mit der Wahrheit.

Unsere Herren Unternehmer sind in der Vertretung ihrer Belange durch die Großmacht Presse seit Jahren außerordentlich aktiv und rührig. Das ist ihr gutes Recht und soll ihnen auch durchaus nicht verdacht werden. Wenn sie bei der Ablagerung ihrer Geistesprodukte die deutsch-nationale Parteipresse bevorzugen, so hängt das mit ihrem Landwirtschaftsfinanziell und dem eingegangenen engen Organisationsverhältnis zum Landbund und den anderen agrarischen Mächten zusammen. Das verlangt einfach die Disziplin und der Korpsgeist.

Finden wir das alles auch verständlich und können wir uns deshalb auch so manches andere erklären, so ist es jedoch uns unbegreiflich, warum der „Reichsverband des deutschen Gartenbaues“ bei seinen Pressefeldzügen durch den Mund eines seiner Vorsitzenden glatte Unwahrheiten verbreiten läßt.

Uns liegt vor die „Deutsche Tageszeitung“, Morgenausgabe vom 15. April mit dem Artikel „Die Lage des Gartenbaues“. Darin heißt es im Originalsperrdruck wie folgt:

„Außerdem wird die Lage noch durch die von Jahr zu Jahr steigende Einfuhr von ausländischem Obst und Gemüse erschwert. Der von den Handelsverträgen erhoffte Schutz ist wirksam bisher nicht besonders in Erscheinung getreten. Im Gegenteil zeigt die Übersicht über die Einfuhren eine erhebliche Zunahme.“

Für den Kenner der Materie ist es schon auffallend, daß gleich dahinter die Einfuhrzahlen des Januar 1927 herangezogen werden. Diese eigentümliche Beweisführung findet aber ihre Erklärung dadurch, daß nämlich in Wirklichkeit die Einfuhr an Gemüse im Jahre 1926 einen ganz erheblichen Rückgang erfahren hat.

Sie betrug 1925	4 605 968 dz im Werte von	134 105 000 M.,
dagegen 1926	4 083 373 dz im Werte von	99 340 000 M.,

also weniger	522 595 dz im Werte von	34 765 000 M.
--------------	-------------------------	---------------

Der Rückgang macht bei seiner Menge 11,3 Proz., aus, seinem Werte nach sogar 25,9 Proz. Trotzdem bringen die Strategen des Reichsvorbandes es fertig, in umfangreichen Artikeln und großen Tönen eine „von Jahr zu Jahr steigende Einfuhr“ zu behaupten und „nachzuweisen“, daß „der von den Handelsverträgen erhoffte Schutz wirksam bisher nicht besonders in Erscheinung getreten“ sei.

Die Einfuhr an frischem Obst hat im Jahre 1926 nur der Menge nach noch eine Zunahme erfahren, während ihr Wert erheblich geringer geworden ist. Es betrug die		
Obsteneinfuhr 1925	3 323 042 dz im Werte von	122 643 000 M.,
Obsteneinfuhr 1926	3 359 055 dz im Werte von	114 668 000 M.,
also mehr	36 013 dz	weniger 7 975 000 M.

Die Einfuhrmenge ist um 1,1 Proz. größer als 1925; ihr Wert aber um 6,7 Proz. geringer.

Diese eigentümliche Gestaltung findet dadurch ihre Erklärung, daß die hochwertigen Obstarten, Äpfel, Weintrauben und Beerenobst, einen Rückgang erfahren haben (Äpfel um 56 390 dz, Weintrauben um 239 044 dz, Beerenobst um 172 736 dz), während die Einfuhr von Birnen um 344 372 dz, Zwetschen um 42 604 dz und Kirschen um 9814 dz zugenommen hat. Dieses jährliche Schwanken der Einfuhrmengen der einzelnen Obstarten ist ein Beweis dafür, daß diese Einfuhr der Deckung unseres durch den Ausfall der heimischen Ernte bedingten wechselnden Bedarfs entspricht.

Im übrigen sei auch einmal darauf hingewiesen, daß die Obsteinfuhr im Durchschnitt der Jahre 1911/13 4 582 580 dz betrug, also ein Mindereingang von 1 223 525 dz = 26,7 Proz. zu verzeichnen ist. Besonders stark ist der Rückgang bei den Äpfeln, dem wichtigsten Einfuhrrobt. Betrug deren Einfuhr 1911/13 noch 3 147 300 dz, so ging sie 1926 zurück auf 1 811 998 dz, also um 1 335 302 dz oder 42,4 Proz.

Es ist also nicht zutreffend, daß auch im Jahre 1926 eine Steigerung der Gemüseeinfuhr stattgefunden hat, und die Obsteinfuhr wird in absichtlicher Übertreibung nicht den wahren Tatsachen entsprechend dargestellt und gewertet. Sind aber die Voraussetzungen falsch, so können natürlich auch die daraus gezogenen Schlußfolgerungen nicht richtig sein.

Ein wirklich nationaler, fachmännisch-militärischer Chef gesucht.

Das ist kein verspäteter Fastnachtsscherz, sondern ernste Wirklichkeit. Nachstehend abgedrucktes Schreiben liegt im Original uns vor. Allerdings und leider kommen wir mit seiner Wiedergabe zu spät, um den Suchenden zu einem ihnen ebenbürtigen Chef und zur Erfüllung ihres sehnlichsten Wunsches zu verhelfen. Das Schreiben stammt nämlich aus dem Jahre 1923.

Wenn wir es doch noch bringen, so deshalb, weil wir für historische Dokumente eine besondere Vorliebe haben, besonders wenn sie Einblick in nicht normale Menschenhirne geben und deshalb zum Studium der Frage: „Was alles ist in einem krankhaftem Hirn möglich?“ ganz besonders geeignet sind.

Das Schreiben lautet:

„An die Direktion der deutschen Obstbauzeitung, Organ des deutschen Pomologenvereins (Eugen Ulmer). Frage hiermit ganz ergebenst an, ob sie so freundlich sein würden, mir, sowie meinem Freunde Helmut Schuhmacher ein 5jährige Dauerstellung in einem guten mittleren Baumschulen- und Obstplantagenbetrieb nachweisen könnten. Ich habe in den 30 Morgen großen Baumschulen und Obstplantagen des Herrn Oskar Vogel Lyck i. Ostrp. die Hauptstadt Masutens gelernt bzw. gearbeitet. Im Mai d. J. 1919 trat ich meine 3jährige Lehrzeit an die bis zum 1. Juli 1922 dauerte. Ich trat am 3. Juli meine erste Gehilfenstelle in der 2 Morgen großen Gärtnerei (Schnittblumen- und Topfpflanzenkultur) sowie 4 Morgen großen Obst- und Gehölzbauschule des Otto Reichert in Bad Schmiedeberg an, wo ich heute noch tätig bin. Mein Freund Helmut Schuhmacher hat in den 20 Morgen großen Baumschulenfirma Bannerts Söhne in Juditten bei Königsberg 1½ Jahre gelernt, dann ging er weitere 1½ Jahre in der 5 Morgen großen Topfpflanzenzüchtung des Herrn Ernst van Lack um sich auch hierin auszubilden. Die Gärtnerei lag in dem Vorort Kathhof b. Königsberg. Seine erste Gehilfenstelle trat er dann am 1. April d. J. 1921 an wo er bis zum 30. September d. J. 1922 verblieb. Am 1. Oktober 1922 trat mein Freund seine zweite Gehilfenstelle in der 6 Morgen großen Gärtnerei und Baumschule des Herrn Rudolf Voerkel in Eilenburg an, wo er heute noch tätig ist. Wir möchten nun gerne wieder zusammen sein und vor allen Dingen aus Sowjet-Sachsen herauskommen. Württemberg und die Bodenseegebiet sind bevorzugt. Bedingung von seiten des Arbeitgebers: „Er muß streng national sein. Wir wollen keine große Versprechungen zu Papier geben und nicht halten können sondern wir wollen und können arbeiten. Zum Schluß möchte ich ihnen noch sagen, daß mein Freund Helmut Schuhmacher von klein auf im Königsberger Waisenhaus (Gestiftet von Friedrich I.) streng soldatisch erzogen ist. Ferner möchte ich ihnen noch sagen daß mein Vater aktiver Feldwebel und mein Lehrchef Unteroffizier gewesen sind und daß wir in jeder Hinsicht nur fachmännisch-militärisch erzogen sind. Die Gehaltsfrage ist vollständig Nebensache. Die Hauptsache ist die, daß wir nun bald einen wirklich nationalen fachmännisch-militärischen Chef bekommen und vor allen Dingen daß wir aus Sowjet-Sachsen herauskommen. Wir haben schon öfter im Allgemeinen Samen- und Pflanzen-Anzeiger inserieren lassen über nur Stellen aus Mitteldeutschland erhalten. Wir setzen daher alle Hoffnung auf ihr wertgeschätztes Organ und würden uns sehr freuen, wenn irgend möglich am 15. August 1923 antreten zu können.“

Mit treudeutschem Gruß

Johannes Dangschat.

Ich bitte um die Rücksendung der Bilder.“

So also sehen „treudeutsche“ Gärtnergehilfen aus! Wir wollten uns ehrlich schämen, wenn wirklich das der Typ des deutschen Gärtners wäre. Aber der in der ganzen Welt geschätzte und auch in der deutschen Arbeiterschaft geachtete Gärtner sieht denn doch anders aus. Diese jungen Menschenkinder, deren Dummheit da aus dem Schreiben herausschaut, waren ja noch gar keine Gärtnergehilfen, sondern bedauernde Produkte eines Erziehungssystems, dessen Schiffbruch die Weltgeschichte längst verzeichnet hat. Es sind die noch verbliebenen Reste der in Trümmer geschlagenen, auf niedrigster Knechtsgesinnung sich stützenden Gewalten, mit denen wir eben auch noch fertig werden müssen.

Und wir werden mit ihnen fertig! Das beweist, daß die Junggärtnergruppen unseres Arbeitgeberverbandes, die auf jener im obigen Schreiben zum Ausdruck gelangten Geistesverfassung begründet sind, durch unsere Bewegung in recht enge Schranken gehalten werden. Vielleicht sind auch die Freunde Dangschat und Schuhmacher inzwischen, aufgeklärt durch das Leben und unsere Kollegen, schon längst ein Glied unserer Bewegung geworden. In diesem Falle brauchen sie sich nicht mehr zu schämen, sondern könnten uns das wohlgenut wissen lassen. Ist doch schon mancher Saulus zu einem Paulus geworden.

Zum Problem der Stellenangebote.

II.

Unter obiger Überschrift ist in Nr. 7 dieser Zeitung Stellung genommen zu der Frage; ob und wie weit Stellenangebote in unserer Verbandszeitung aufgenommen werden sollen. Hierbei kommt Kollege L. zu einer Schlußfolgerung, die wohl nicht die Zustimmung eines großen Teils unserer Kollegenschaft finden wird. Wenn ich mich hierzu äußern möchte, so nicht nur, weil es meine persönliche Auffassung ist, sondern weil ich nach den Erfahrungen, die ich im Laufe der Jahre bei den Kollegen des Gaues Hamburg hierüber sammeln konnte, überzeugt bin, daß diese Kollegen wohl fast restlos den Standpunkt des Kollegen L. nicht billigen werden. Schon oft sind Kollegen persönlich wegen der Aufnahme von Inseraten, die ihrer Auffassung nach nicht in unser Verbandsorgan gehören, an mich herantreten, und auch in Versammlungen ist hierzu schon mancher Protest erhoben.

Zu den drei Verwaltungen, die Protest gegen das angeführte Inserat erhoben hatten, gehörte auch die Ortsverwaltung Hamburg. Daß von drei Seiten zugleich ein Protest einlief, erkläre ich mir auch nicht daraus, daß der Frühling da ist, und das dem Gärtner im Blut liegende Erwachen in dieser Zeit der Antriebe zum Einspruch war, vielmehr liegen die Ursachen doch wohl etwas tiefer. Es ist ja auch in dem Artikel des Kollegen L. schon darauf verwiesen, daß uns die Angelegenheit schon des öfteren, auch schon in der Vorkriegszeit, beschäftigt hat: Das ist ein Beweis dafür, daß die Frage in der Kollegenschaft nicht als eine untergeordnete betrachtet wird, und daß man an ihr nicht gleichgültig vorbeigehen kann.

Gewiß haben wir ein Interesse daran, gerade in Zeiten größerer Arbeitslosigkeit unseren Kollegen möglichst viele offene Stellen bekannt zu geben, um so die Möglichkeit zu schaffen, recht viele organisierte Kollegen unterzubringen. Die Meinungsverschiedenheit dreht sich auch nicht darum, ob überhaupt Stellenangebote im Verbandsorgan veröffentlicht werden sollen oder nicht, als vielmehr um den Inhalt der Inserate. Hierin gehen die Auffassungen auseinander.

Wenn ein Kollege eine Stellung antreten will, so will er damit seine Ware Arbeitskraft verkaufen. Es muß dem Käufer, in diesem Falle demjenigen, der den Kollegen einstellen will, vollkommen gleichgültig sein, welchen politischen und religiösen Glauben der Kollege hat. Der Kollege will nur seine Arbeitskraft verkaufen, nicht aber seine Gesinnung. Dieses ist eine öffentlich rechtlich anerkannte Tatsache, denn wo gleiches Recht für alle herrschen sollte, müßte zum Beispiel ja auch ein politisch links eingestellter Kollege andernfalls eine ihm vom Arbeitsamt bei einem politisch rechts eingestellten Unternehmer angewiesene Stelle ablehnen können. Oder ein Kollege, der evangelischer Glaubensauffassung ist, müßte es ablehnen können, eine Stellung bei einem katholischen Unternehmer anzunehmen usw. Würde das ein Kollege tun, so wäre aber die Entziehung der Arbeitslosenunterstützung die Folge. Wir sehen also, daß ein Arbeitnehmer nach geltendem Recht jede Arbeit annehmen muß, die ihm geboten wird, wenn er andernfalls nicht der staatlichen Unterstützung, die er mit durch seine Beiträge finanziert, verlustig gehen und auch im übrigen sich nicht wirtschaftlich schädiger will. Wir können deshalb auch dem Unternehmer nicht das Recht zugestehen, sich um die politische und religiöse Einstellung der Arbeitnehmer zu kümmern. Das ist vielmehr Privatsache jedes einzelnen. Diesen Standpunkt müssen wir immer und überall durchzusetzen versuchen, und deshalb sollten auch Inserate, die an ein politisches oder religiöses Glaubensbekenntnis gebunden sind, in unser Verbandsorgan nicht aufgenommen werden.

In keiner Zeit ist wohl mehr auf die Notwendigkeit einer guten Fachausbildung und Spezialisierung der Berufsarbeiten hingewiesen wie in den letzten Jahren. Die Notwendigkeit einer guten fachlichen Ausbildung zum Wohle des Gesamtberufes und damit auch für jeden einzelnen dringt erfreulicherweise auch bei einem immer größeren Kreis unserer Unternehmer durch. Und wir sind stolz darauf, durch unser Fachblatt, Kurse, Exkursionen und Bibliotheken hieran unseren Teil mit beitragen. Wenn wir nun in unserem Beruf in den verflochtenen Jahren schwerer als in manchen anderen um die Verbesserung und Hebung der wirtschaftlichen Lage kämpfen mußten, so lag das nicht zuletzt mit daran, daß eben der Gärtner als Mädchen für alles angesehen und demnach bewertet oder richtiger ausgedrückt, unterwertet wurde. Wenn auch keine Arbeit schändet, so müssen wir doch immer wieder dahin streben und arbeiten, daß wir als Gärtner und nicht als Mädchen für alles betrachtet werden, weil hiermit in den allermeisten Fällen eine Unterwertung der Arbeitskraft verbunden ist. Daß in manchen Stellungen gewisse Nebenarbeiten nicht zu umgehen sind, ist jedem Kollegen bekannt. Die Vergabung einer Stelle aber davon abhängig zu machen, daß die Kollegen sich zu alien möglichen und unmöglichen Nebenarbeiten verpflichten, das sollten wir ablehnen und dieses nicht durch Aufnahme solcher Inserate unterstützen. Eine gewisse Portion Berufsstolz kann zur Hebung der Gesamtlage des Berufes absolut nur beitragen. Wir können das in jedem anderen Berufe auch beobachten.

Wer einer Geflügelzüchter braucht, soll diesen suchen, wer, wie in der Verbandszeitung Nr. 7, einen Pferdepfleger haben will, soll diesen suchen, aber nicht einen Gärtner, von dem man gute Kenntnisse in allen Branchen des Berufes verlangt und außer diesem dann noch weitere tausend Künste, den man aber gerade wegen der letzteren nicht als vollwertigen gelernten Fachmann achten und bezahlen möchte. Wenn es auch in den Inseraten so schön heißt, daß die Nebenarbeiten usw. „erwünscht sind“, so bedeutet das doch nichts anderes, nur in höflichere Worte gesetzt, als „sie sind Voraussetzung“.

Mit der Nebenarbeit der Frau dürfte es nicht anders liegen.

Den gedienten Soldaten will ich in diesem Zusammenhang nur kurz streifen. Der Schlußfolgerung des Kollegen L., daß man hieraus folgern könnte, es solle nur eine absolut zuverlässige Kraft gesucht werden, kann ich nicht zustimmen. Sollten unter den „nicht gedienten Soldaten“ sich nicht auch ganz gute Fachleute, die auch ganz zuverlässig sind, sein? Das verneinen würde bedeuten, daß diejenigen, die die Wiedereinführung des alten preussischen Militärdrills fordern, mit ihrer Anschauung recht hätten. Sollte ein Inserent den gedienten Soldaten im Inserat wünschen, so wäre es unsere Aufgabe, darauf hinzuweisen, daß es auch unter den nicht gedienten Soldaten erstklassige Fachleute gibt, die auch ganz zuverlässig sind, und daß der gediente Soldat im Inserat überflüssig ist. Besteht der Inserent trotzdem auf die Aufnahme, so wissen wir, daß Geistes Kind er ist, und das Inserat mag in einer Zeitung erscheinen, die ihm geistig näher steht. Wir sollten jedenfalls keinen Anlaß nehmen, dieses zu unterstützen.

Kollege L. wirft nun die Frage auf, ob wir unsere grundsätzlichen Forderungen durch Ablehnung solcher Inserate nun fördern oder nicht gerade das Gegenteil erreichen. Gerade weil wir Gewerkschaftler erziehen wollen, die sich ihres Wertes bewußt sind, sollen wir offen gegen ein Übel kämpfen. Dieses sollen wir nicht nur jedem Kollegen im Betrieb selbst überlassen, sondern das muß auch in unserer Presse zum Ausdruck kommen, einschließlich der Inserate. Diese für die Gewerkschaftsbewegung wie für den gesamten Aufstieg der Arbeiterklasse so notwendigen, sich ihres Wertes bewußten „Persönlichkeiten“, die doch Kollege L. als notwendig ansieht, schaffen wir nicht dadurch, daß wir vorn im redaktionellen Teil Mißstände des Berufes bekämpfen und in aufgenommenen Inseraten dann das Gegenteil erscheint. Auf solche Inserate sollten wir lieber verzichten, sie bringen nur Mißstimmung bei vielen Kollegen und führen auch dazu, bei manchem noch nicht sattem Kollegen den geraden Weg zu unseren Gewerkschaftszielen zu verwischen.

Runge.

III.

Die Tatsache, daß drei Proteste gegen die Aufnahme derartiger Stellenangebote bei der Schriftleitung vorliegen, zeigt, daß ein großer Teil der Mitglieder die Schädlichkeit solcher Angebote erkennt. Dieser Teil der Mitglieder wird auch den Standpunkt des Verfassers des mit A. L. gezeichneten Artikels nicht ganz billigen können. Ob die gestellten Bedingungen verlangt oder nur „gewünscht“ werden, sollte die Kollegen in der Redaktion nicht weiter in Zweifel setzen.

Fest steht doch, daß „wünschen“ in der heutigen Unternehmersprache „müssen“ heißt, und daß zum Beispiel die Mitarbeit der Frau bei derartigen Stellen sich nicht nur auf bestimmte Arbeiten beschränkt, sondern die Frau dann stets, als Mädchen für alles verwendet wird. Ganz selbstverständlich wird dort aber eine Vernachlässigung des eigenen Haushaltes eintreten. Als Gewerkschaftler, als Kämpfer für bessere Lebensbedingungen muß unser Standpunkt der sein, daß die Hausarbeit der Frau als regelrechte Arbeit zu betrachten ist.

Eine weitere Folge wird weiter sein Vernachlässigung der Kindererziehung. Dabei darf doch nicht vergessen werden, daß es in einem abgelegenen Orte viel schwerer fällt, die Kinder

im proletarischen Sinne zu erziehen. Wir haben aber als klassenbewußte Arbeiter diese Pflicht.

Die Schlußfolgerung, die aus der Frage gezogen wird, ob die Nichtaufnahme derartiger Angebote unseren Grundsätzen fördernd sei, ist ebenfalls teilweise irrig. Denn das angeführte Angebot in einer Sprache erklärt, die jeder Mensch versteht, heißt: recht fromm und gottesfürchtig, daß der Anstand auf dem Landgut nicht leidet, deutschnational bis auf die Knochen, Stahlhelmmitgliedschaft sind Bedingungen für eine Dauerstellung.

Kollegen, die schon in solcher Stellung gewesen sind, wissen auch, was unter der eigenen „Freude an einer gut gepflegten Anlage“ zu verstehen ist, nämlich: früh auf, spät nieder, friß schnell und schaffe wieder!

Solche Angebote müssen abgelehnt werden, auch wenn sie dann in anderen Zeitungen aufgegeben werden, was ja auch geschieht, wenn wir das Angebot aufnehmen. Wo kämen die politischen Arbeiterzeitungen hin, wenn sie solche Schlußfolgerungen ziehen würden? Als Gewerkschaftler kann man nicht billigen und unterstützen, was gegen uns ist.

Die Besserung der Zustände und eine Einwirkung auf die Einstellung und Auffassung des Arbeitgebers wird nicht erreicht durch gute Worte, auch nicht, wenn man unseren Standpunkt dem Arbeitgeber zu Gemüte führt, sondern eine Änderung dieser Zustände und eine Stärkung der Organisation tritt ein, wenn zunächst den Kollegen durch die Zeitung der richtige Weg gezeigt wird.

Wenn unzweideutig darin gesagt wird, daß jeder Kollege die Pflicht hat, mitzuhelfen an der Beseitigung dieser kapitalistischen Gesellschaftsordnung, die schuldig ist an diesen Zuständen, Unermüdlich, täglich, stündlich muß der Kampf geführt werden gegen die Ausbeutung und Rechtlosigkeit der Arbeiterschaft. Wenn so gearbeitet wird, dann werden wir unsere Grundsätze durchführen können. Aus diesen Gründen muß die Aufnahme genannter Angebote abgelehnt werden.

Oswald Seyfarth, Jena.

Vom Ausbildungslehrgang in Erfurt.

Am 9. und 10. April fand in Erfurt eine Tagung der Landesgruppe Thüringen des Reichsverbandes der Deutschen Gartenbaubeamten statt. Man gab ihr den Namen Ausbildungslehrgang, doch scheint uns diese Bezeichnung als zu kühn. Eher schien es uns eine Tagung zu sein, die unter dem Deckmantel eines Lehrganges dazu dienen sollte, die Interessen der Akademiker in der Gärtnerei zu fördern und zu versuchen, ihnen weiteres Wirkungsfeld zu erobern.

Die Teilnehmer waren zumeist Behördengartenbeamten höherer und niederer Grade, dazu einige Obergärtner und leitende Beamte Erfurter Erwerbsbetriebe, einige Unternehmer und auch einige „bessere“ Gehilfen und Gärtnerinnen.

Die Themen des „Lehrganges“ waren wohl ausgewählt, offenbar um eine Diskussion zu vermeiden. Das ist ein großer Fehler. Denn man kann weite Kreise des Berufes und der Öffentlichkeit nur mit Forderungen interessieren, die in eingehender Aussprache die nötige Klärung erfahren haben.

Der Vorsitzende, Herr Gartendirektor Brabant, betonte, daß der Reichsverband der Gartenbaubeamten nicht nur eine wirtschaftliche Organisation sei, sondern sein Ziel auch darin erblicke, die berufliche Ausbildung der Gärtner zu fördern und das wissenschaftliche Rüstzeug unserer Berufsangehörigen zu verbessern. Diesem Zwecke sollen die Ausbildungslehrgänge dienen. Hoffen wir, daß es und nicht einseitig geschieht! Empfehlenswert wäre es u. E., dann auch den maßgebenden Arbeitnehmerverband heranzuziehen und nicht nur die Unternehmer. Das uns besonders interessierende Thema: „Des Gärtners Schule und Praxis“ behandelte Herr Stadtgartendirektor Rohscheid-Nordhausen. Zum Lehrlingswesen äußerte er die gleichen Ansichten, um die unser Verband schon seit 40 Jahren kämpft. Er forderte, nur Lehrlinge mit guter Gesundheit, Schulbildung und Auffassungsgabe einzustellen. Fleiß forderte er nicht nur vom Lehrling, sondern ausdrücklich auch vom Lehrherrn. Dazu gegenseitiges Verstehen. Sehr vorsichtig behandelte er die Entschädigungsfrage. Die Lehre solle zwei und drei Jahre dauern. Zwei Jahre nur dann, wenn die Schulvorbildung vorhanden sei, die jene Auffassungsgabe garantiere, welche die vollständige Ausbildung des Lehrlings in so kurzer Zeit garantiere. Mit Recht forderte er, daß der Lehrling die Stelle in der Lehrzeit wechsle, um seine Ausbildung in allen Hauptzweigen des Berufes zu sichern. Wohl bedeute das für den Lehrherrn ein Opfer, da der Lehrling im ersten Lehrjahre keinen Nutzen bringe, aber durch dessen vielseitigere Ausbildung und die Gegenseitigkeit des Lehrlingsaustausches werde das bald ausgeglichen.

Die weitere Ausbildung liegt in Schule und Praxis. „Leider“, so betonte der Redner, gibt es noch Lehrherrn, die es nicht begreifen, daß die Lehrlinge in die Schule geschickt werden müssen. Weiterer Ausbau der Berufsschule sei nötig. Und die Zeit möge nicht fern sein, daß Lehrlinge nur in anerkannten Lehrwirtschaften ausgebildet würden. Auch das kann aber doch nur von Wirksamkeit

sein, wenn die Anerkennung der Lehrwirtschaften strenger durchgeführt und nicht jede Bruchkrauterei anerkannt wird.

Die weitere Ausbildung der Gehilfen auf Lehranstalten sollte nicht zu früh beginnen, jeder sollte erst praktische Erfahrungen gesammelt und eine gewisse geistige Reife sich angeeignet haben. Die Ausbildung auf der Schule müsse 2—5 Semester betragen, je nach dem gesteckten Ziel. Dann aber verstieg sich der Redner zu einer Verteidigung des an den Schulen gepflegten Verbindungsimms und behauptete, es werde in den „Verbindungen“, dem „engsten Kreise Gleichgesinnter“ das Wissen vermehrt, der Kameradschaftsgeist gestärkt. Diese Behauptung erscheint uns sehr unbewiesen. Denken wir an die wüsten Saufgelage der buntbemützten „Herren Studenten“, denken wir an das oft so unsolidarische Benehmen der Herren Eleven, Volontäre und „Ehemaligen“ unseren Kollegen gegenüber, dann — wird man wohl anderer Ansicht darüber sein.

Der Ausbau des Fachschulwesens müsse weitergehen bis zur Schaffung einer Hochschule. Das Handwerk habe seine Meisterprüfung, das gebühre auch dem Gartenbau. Hier stieg die Begeisterung zu dem Ausspruch: Das einst so stolze Wort „Kunst- und Handelsgärtnerei“ sei verschwunden, um dem „deutschen“ Worte „Gartenbaubetrieb“ Platz zu machen und um zu sagen, daß nicht allein „gehandelt“, sondern auch „geschafft“ werde! Armer Blinder, der nicht erkennt, daß nur elende Steuerdrückbergerei und unersättliche Geldgier diese Umtaufe veranlaßt haben.

Eine weitere Forderung des Redners ist, daß den Kenntnissen und Leistungen auch die äußere Anerkennung werde, und zwar für die Fachschulabsolventen die Titel: „Gartenmeister“ und „Diplomgartenbauinspektor“. Auch der Titel „Obergärtner“ solle sobald als möglich nur schulgebildeten Leuten vorbehalten bleiben. Der Herr Direktor sieht also alles Heil in der nach Kasten zu erfolgenden Abtrennung der verschieden schulmäßig gebildeten Berufsangehörigen. Das Wort „Freie Bahn dem Tüchtigen“ soll also nicht mehr gelten, sondern nur jenen, die sich solche Eltern ausgewählt, die in der glücklichen Lage sind, sie eine höhere Schule besuchen zu lassen, soll der Aufstieg ermöglicht werden. Das werden wir vom „Plebs“ genau so scharf bekämpfen, wie wir die brutale Ausbeutung, die im heutigen Lehrlingswesen gegeben ist, bekämpfen.

Kein Wort aber verlor Herr Rohscheid über die wirtschaftliche Lage der breiten Masse der Berufsangehörigen, den Gehilfen. Es scheint, daß die Akademiker und Gartenbaubeamten nicht den Mut haben, der wirtschaftlichen Gleichstellung der Gehilfen- und Arbeiterschaft das Wort zu reden. Uns will scheinen, als seien unsere Akademiker auf falchem Wege, wenn sie die Hebung ihrer wirtschaftlichen Lage nur in Titel- und Diplomfragen sehen. Sie sollten sich dabei doch auch auf ihren Arbeitnehmercharakter besinnen und es sich überlegen, ob es klug und nützlich ist, eine derart weite künstlich geschaffene Kluft zwischen sich und den einfachen, „ungeschulten“ Gehilfen zu legen. E.

Gelstig minderwertige Lehrlinge.

Zu dem Artikel unter gleicher Überschrift in Nr. 7/27 der „A.D.G.Z.“ sendet uns der Leiter der Fachschule für Gärtnerei und Blumenbinderei in Hamburg folgende sehr beachtenswerte Zuschrift:

Nach der Notiz nimmt die Gärtnerei unter allen Berufen den verhältnismäßig größten Anteil der Schüler auf, die in Hamburg durch die Hilfsschulen für Schwachbefähigte gegangen sind. Man könnte aus der Fassung der Notiz zunächst vermuten, daß der Nachwuchs der Hamburger Gärtnereien mit ehemaligen Hilfsschülern stark durchsetzt sei. Ich habe daraufhin die Verhältnisse hier nachgeprüft bezgl. der Pflichtschüler der hiesigen Fachschule für Gärtnerei und Blumenbinderei, die augenblicklich (bis Ostern) von 108 Gärtnern und 167 Bindern und Binderinnen besucht wird. Unter diesen 275 Schülern und Schülerinnen ist nur 1 Hilfsschüler (Gärtner).

Die Schule erfaßt die Lehrlinge des stadhamburgischen Gebiets einschl. Ohlsdorfs sowie die Altonaer wohl ziemlich vollständig. Vielfach wird es nach meinem Eindruck so sein, daß Hilfsschüler und andere körperlich oder geistig zurückgebliebene wohl anfangen zu lernen und damit von der Statistik erfaßt werden, dann aber sehr bald aus der Lehre wieder zur Entlassung kommen. Außerdem scheint ein erheblicher Teil Schwachbefähigter in kleine Gärtnereien der Provinzstädte und in Guts- und Schloßgärtnereien zu gehen.

Im großen und ganzen liegt hier die Sache so, daß wir einen etwa ebenso hohen Anteil intelligenter Jungen aufnehmen wie die meisten gewerblichen Berufe, ausgenommen die wenigen eigentlichen „Intelligenz“-Berufe, daß das Gros bei uns aus Durchschnittsbegabungen besteht und daß wir endlich 20 Proz., auch etwas mehr, mitschleppen an sog. Lehrlingen, die niemals später als gelernte Arbeiter werden gelten können. Die letzteren sind zwar nicht durch die Hilfsschule gegangen, aber sie hätten eigentlich hingehört. Die Hilfs-

schule kann heute eben noch nicht alle Schwachbefähigten heranziehen.

Wenn also die Ausführungen des Herrn Schneider förmlich nicht zutreffen, sachlich sind sie durchaus richtig. Die Gärtnerei muß der Frage des Nachwuchses mehr Aufmerksamkeit zuwenden, als es bisher geschehen ist, sonst ist es nicht abzuwenden, daß sie noch mehr gegenüber den Gewerben ins Hintertreffen gerät.

Der Artikel streift auch die Möglichkeiten einer Abhilfe. M. E. kann zurzeit nicht mehr geschehen, als daß solchen jungen Leuten von vornherein gesagt wird, daß sie keine Aussicht haben, ihre Prüfung zu bestehen. Wir haben hier in Hamburg daher alljährlich mehrere Lehrlinge gehabt, die eine Prüfung nicht gemacht haben. Wenn diese später von den Verbänden tariflich als Ungelernte behandelt würden, wäre am ersten eine Änderung zu erhoffen. Heute ist wohl überall die Möglichkeit für den Auslernenden gegeben, die Gehilfenprüfung abzulegen.

In Hamburg sind die Verhältnisse tatsächlich besser geworden gegenüber früher, wenngleich es auch hier noch viel zu bessern gibt. Soweit ich außerhalb Einblick gewonnen habe, liegen sie durchweg ungünstiger.

Daß unsere jungen Leute hier bildungshungrig und lerneifrig sind, geht schon daraus hervor, daß wir neben fünf Pflichtklassen sechs freiwillige Abendklassen haben, ein Zahlenverhältnis, wie es wohl sonst kaum ein Beruf aufzuweisen hat.

F. Meyer.

Nachsatz der Schriftleitung: Wir haben den dankenswerten Ausführungen des Herrn Meyer gern Raum gegeben, weil uns die sachliche Bestätigung der Übelstände durch die Schulmänner außerordentlich wertvoll ist. Es ist uns auch eine freudige Genugtuung, in der Erkenntnis der Tatsachen mit den Fachschullehrern übereinzustimmen. Wir können aber Herrn Meyer nicht folgen, wenn er eine Einwirkung auf die nicht vollwertigen Arbeitskräfte selbst davon erwartet, daß diese in den Lohn- und Tarifen als Ungelernte behandelt werden. Schon vom tariftechnischen Standpunkt gesehen dürfte das seine Schwierigkeiten haben. Eine Tarifstaffel etwa für „nicht vollwertige Gelernte“ wäre doch eine Verletzung einfachster Logik, und die Gewährung der Löhne der Gelernten von der Ablegung der Gehilfenprüfung abhängig zu machen, geht mindestens so lange nicht, als die geprüften Gehilfen eine so kleine Minderheit noch darstellen, und solange die Arbeitgeber gar keinen Wert auf Prüfungszeugnisse legen, wie das der Fall ist. Dagegen steht auch die Tatsache, daß in der Praxis und auch in den Lohn- und Tarifen den angelernten Arbeitern die gleichen Löhne, ja vielfach höhere Löhne zugebilligt werden als den Gehilfen. Überhaupt ist der Tarifgedanke in der Gärtnerei noch viel zu schwach entwickelt, um als Helfer in dieser Frage mit benutzt werden zu können.

Doch ganz abgesehen von diesen tariftechnischen Schwierigkeiten kann doch auch gerade von einem geistig nicht Vollwertigen nicht erwartet werden, daß er bei seiner Berufswahl solche Konsequenzen etwa später nicht bestandener Prüfung bedenkt. Es ist doch eine allgemein verbreitete menschliche Schwäche selbst leidlich normaler Menschen, von den eigenen Fähigkeiten eine nicht ganz kleine Meinung zu haben. Von den in Rede stehenden Menschenkindern eine bessere Einsicht voraussetzen zu wollen, könnte uns also wohl nicht dem Ziele näher führen.

Deshalb will es uns doch richtiger und zweckmäßiger scheinen, Maßnahmen zur Abhilfe und Besserung von denen zu verlangen, von denen ein Erkennen der Mängel angenommen werden kann. Das sind in erster Linie die Behörden, die zur Ein- und Durchführung aller sachdienlichen Maßnahmen berufen sind. Den Forderungen des Kollegen Schneider auf Eignungsvorprüfungen dürfte also zuzustimmen sein.

Staats- und Gemeindegärtnerei

Um die Arbeitszeit in der Stadtgärtnerei Hannover.

Fünf Jahre lang, von 1919 bis 1923, bestand für sämtliche städtischen Arbeiter der Achtstundentag, bis im Jahre 1924 auf Grund des Ermächtigungsgesetzes und durch Druck des kommunalen Arbeitgeberverbandes der Magistrat der Stadt Hannover in verschiedenen städtischen Betrieben, u. a. auch bei der städtischen Gartendirektion, in den Sommermonaten die neunstündige Arbeitszeit einführt. Im Februar d. J. hatte nun die Arbeiterschaft durch ihre Organisationen beantragt, in diesem Jahre von der regelmäßigen neunstündigen Arbeitszeit Abstand zu nehmen, zumal bereits im vergangenen Jahre die anderen in Frage kommenden städtischen Betriebe mit Rücksicht auf die große Arbeitslosigkeit davon keinen Gebrauch mehr gemacht haben, die Gartendirektion also einzig und allein eine Ausnahme bildet. Obgleich auch in diesem Betriebe die achtstündige Arbeitszeit ohne Gefährdung der Wirtschaftlichkeit ganz gut durchführbar ist, was die fünf Jahre von 1919 bis 1923 praktisch bewiesen haben, und die Arbeiterschaft jederzeit bereit ist, wenn die Verhältnisse des Betriebes es erfordern, z. B. bei Trockenperioden, die Arbeitszeit dementsprechend zu verlegen, teilte der Magistrat am 19. März kurz und bündig mit, daß die Gartendirektion aus Gründen der

Wirtschaftlichkeit auf die neunte Arbeitsstunde nicht verzichten könne.

Auf die ausführlichen Darlegungen in unserer Eingabe ging der Magistrat nicht näher ein. Es bedurfte erst wiederholter Bemühungen, bis er sich herbeiliß, unter Hinzuziehung von Vertretern der Gartendirektion eine Besprechung über diese Frage abzuhalten. In dieser konnte nachgewiesen werden, daß die Gartenverwaltungen einer ganzen Anzahl vergleichbarer Großstädte schon seit Jahren die achtstündige Arbeitszeit ohne Nachteile durchführen. Auch der Tarifvertrag für die hiesige Landschafts- und Privatgärtnerei, der im Frühjahr 1926 abgeschlossen und für allgemeinverbindlich erklärt worden ist, sieht für das ganze Jahr den Achtstundentag vor. Es wurde auch verwiesen auf den Antrag des Reichsverbandes des deutschen Gartenbaues zum Arbeitsschutzgesetz, worin von den gärtnerischen Arbeitgebern für die Landschafts- und Friedhofsgärtnerei die achtstündige Arbeitszeit zugestanden wird.

Trotz aller dieser Gründe zeigte der Magistratsvertreter im Verein mit den anwesenden Herren von der Gartendirektion nicht den geringsten Willen, dem berechtigten Verlangen der Arbeiterschaft entgegenzukommen. Im Gegenteil, man brachte sogar zum Ausdruck, für die Städtische Gartendirektion in Hannover sei die neunstündige Arbeitszeit im Sommer noch nicht lange genug.

Mit Entrüstung nahm eine Betriebsversammlung den Bericht über dieses Verhalten des Magistrats und der Gartendirektion entgegen und gab dieser in einer Entschliebung entsprechenden Ausdruck. In der Aussprache wurde auch die Kündigungsmarie der Gartendirektion scharf verurteilt.

Diese Kundgebung unserer Kollegenschaft veranlaßte die Gartendirektion, einiges „richtigzustellen“. Die erfolgten Entlassungen sollen angeblich mit der verlängerten Arbeitszeit nichts zu tun haben, denn es habe sich um die auf gesetzlichen Bestimmungen beruhende Entlassung von „Notstandsarbeitern“ und zu ganz bestimmten Neuausführungen eingestellter Arbeiter gehandelt. Daß das Ausreden waren, erwies sich dadurch, daß die gekündigten Arbeiter weiter beschäftigt wurden. Im übrigen werden alle neuen Arbeitskräfte als „vorübergehend Beschäftigte“ eingestellt.

Um aber andererseits zu zeigen, daß selbst die besten Vernunftsgründe und ernstesten sozialen Notwendigkeiten an dem Herrenstandpunkt und Willkürregiment eines Gartendirektors der Stadt Hannover nichts zu ändern vermögen, wurde einige Tage später in einem anderen Revier 2 Gärtnern und 13 Arbeitern erneut gekündigt. Wie aber schon so manche Zwingburg niedergebrochen ist, so wird auch die Arbeiterschaft Hannovers nicht ruhen und rasten, bis auch die Reaktionen in der Gartendirektion vor dem Willen des Volkes kapitulieren werden.

Lehrlings- und Bildungswesen

Gartenmeisterprüfungen in Thüringen.

Dem im Freistaat Sachsen mit der Einführung der Gartenmeisterprüfungen im Jahre 1925 gegebenen Beispiele will nun auch der „Ausschuß für Gartenbau“ bei der Thüringischen Hauptlandwirtschaftskammer nachfolgen. Hier will man jedoch noch einen Schritt weitergehen. Während in Sachsen diese Prüfung solchen Obergärtnern vorbehalten sind, die nach besonderer Obergärtnerprüfung eine weitere gehobene Stellung erstreben, soll in Thüringen jeder Gärtnerbesitzer sowie jeder Leiter (Obergärtner) einer Gärtnerei, der Lehrlinge ausbilden will, der Gartenmeisterprüfung sich unterziehen, sofern er noch nicht das 35. Lebensjahr überschritten hat. Älteren Fachleuten soll das Recht der Lehrlingsausbildung ohne diese Prüfung zustehen, wenn ihr Betrieb als Lehrwirtschaft anerkannt wird. Bis zum Jahre 1930 wird den Prüfungen ein zweitägiger Vorbereitungskursus in der Gärtnerlehranstalt Köstritz vorangehen. Von 1930 ab wird die Bedingung eines dreijährigen erfolgreichen Besuchs einer Berufsschule, einer zweisemestrigen Winterschule oder eines einjährigen Gartenbaukursus gestellt. Eine vorherige Obergärtnerprüfung, die in Sachsen Bedingung ist, scheint also in Thüringen nicht verlangt zu werden. Das stimmt uns bedenklich. Im übrigen ist diese Ausgestaltung des gärtnerischen Ausbildungswesens zu begrüßen. Hat es wohl lange gedauert, bis mit der eigentlich selbstverständlichen, von uns stets geforderten Prüfung der Lehrmeister nun in Thüringen der Anfang gemacht wird, so wollen wir gern daraus die Hoffnung schöpfen, daß die Ausbildung der Lehrlinge nun auch allmählich gut und besser wird.

Gehilfenprüfungen in der Rheinprovinz.

Die Zahl der geprüften ausgelesenen Gehilfen wuchs in diesem Frühjahr auf 351 an, das ist, auf den Durchschnitt der letzten fünf Jahre berechnet, eine Steigerung um 50 Proz. Da die Bonner Landwirtschaftskammer in der Anerkennung der Lehrwirtschaften seit jeher sehr weltherrig gewesen ist, so kam in diesem Ergebnis nicht etwa eine größere Aufnahme der Prüfungen durch die Arbeitgeber, sondern muß vielmehr eine Zunahme der Lehrlinge in den gärtnerischen Betrieben Rheinlands erkannt werden. Das ist eine sehr bedenkliche Erscheinung auch

deswegen, weil es als gerichtsnotorisch feststeht, daß unter den rheinländischen Garten-Bauern das Bestreben, ihre Lehrlinge von dem Besuch der Berufs- und Fachschulen fernzuhalten, ganz besonders stark ausgeprägt ist und weil auch bei den Prüfungen dort ein sehr milder Maßstab angelegt wird. Das zeigen auch die diesmaligen Zensuren. 49 Prüflinge erhielten „sehr gut“ (diese Note findet man in andern Bezirken und Berufen überhaupt nicht), 165 „gut“ und 129 „genügend“. Acht Lehrlinge bestanden nicht.

Gehilfenprüfungen in der Oberpfalz.

Sowohl in der nördlichen wie auch in der südlichen Oberpfalz traten je 6 Ausgelernte vor die Prüfungskommission. Die Leistungen wurden als befriedigende, zum Teil als gute bezeichnet. Bedenklich stimmt allerdings der Wortschwall, der „Schmus“, mit dem die amtlichen Berichte umrahmt sind.

Anerkannte Lehrbetriebe in Unterfranken.

Bayern ist nicht nur ein Königreich — Verzeihung — eine Republik für sich, d. h. von besonders eigenartiger Verfassung, sondern auch jede bayerische Kreisbauernkammer, der bekanntlich auch die Vertretung der gärtnerischen Belange anvertraut sind, ist noch ein Staat im Staate. Das tritt sogar im gärtnerischen Lehrlingswesen in die Erscheinung. So ist, nachdem in andern Kreisen schon seit Jahren geschehen, nun auch im Bereiche der Kreisbauernkammer Unterfranken jetzt die Anerkennung von Lehrgärtnereien eingeführt. 48 Betriebe wurden anerkannt. Die Gärtnermeister scheinen also nicht allzuviel von dieser „neuen Mode“ zu halten.

Gute Ergebnisse der Gärtnerfachklassen in Wandsbek.

Die Berufsschule der Stadt Wandsbek bot am 10. und 11. April in einer wohlgeordneten Ausstellung von Schülerarbeiten der Allgemeinheit Gelegenheit, in ihr Wirken und Walten Einblicke zu nehmen. Zeigten die Arbeiten der Gärtnerfachklassen schon in der vorjährigen Ausstellung, daß eine fachkundige und erfahrene Hand und Liebe zur Jugend an der Heranbildung des beruflichen Nachwuchses schaffen, so beweisen das die diesmal gezeigten Leistungen in verstärktem Maße. Sowohl das Erarbeiten einfacher Zeichentechnik, wie die Darbietung wohlgedachter Entwürfe zeigen, daß die Schüler zum Selbstschaffen, zu jener Arbeit, die von einer Vollendungstendenz getragen ist, erzogen werden. Einfachste Motive, die dem Alltag gärtnerischen Schaffens entnommen sind, zeugen dafür, daß neben den Schulungswerten der Arbeit auch ihre Bildungswerte betont werden. Solches Arbeiten muß von gutem Einfluß auf die Entwicklung von Körper und Geist unserer heranwachsenden Berufsjugend sein.

Karl Hoppe, Hamburg.

Berichte

Steigende Konjunktur im Samenbau.

Während die Zahlen der Einfuhr gärtnerischer Erzeugnisse von unseren Garten-Bauern gern benutzt werden, um sich unter Aufwand stärksten Lärms um Staatshilfe zu bemühen, hört man sie von den Ausfuhrzahlen recht selten reden. Besonders schweigsam sind in diesen Fragen die Herren vom Samenbau. Das ist auch durchaus erklärlich, denn sie sind an der Ausfuhr besonders stark beteiligt. Diese hat nun eine recht bedeutende Steigerung erfahren.

An Zuckerrübensamen, der besonders in den Quedlinburger Großfirmen gewonnen wird, sind im Januar und Februar dieses Jahres ausgeführt 95 602 dz gegen 85 196 dz im vorigen Jahre, Möhren, Gemüsesamen, Dillsaat 4172 dz gegenüber 3060 dz, Blumen- und Tabaksamen 184 dz gegenüber 177 dz im Jahre 1926.

Trotz dieser sehr erheblichen Steigerung der Samenausfuhr werden selbst die bescheidensten Lohnansprüche mit der falschen Behauptung schlechten Geschäftsganges zurückgewiesen.

Eine Internationale Gartenbau-Ausstellung

findet im Mai und Oktober-November d. J. in Paris statt. Die Frühjahrsausstellung zeigt den Blumenflor und die herrlichen Rosenzüchtungen Frankreichs, die Herbstausstellung dagegen das Edelobst, die Fülle der Herbstflora und die Erfolge der Chrysanthemenzüchtungen. Dazu finden jeweils entsprechende Tagungen statt. Um den vielen Interessenten eine leichte und angenehme Besichtigung dieser hervorragenden Ausstellung zu ermöglichen, hat sich ein Ausschuß gebildet, dem die Herren Gartendirektor Lesser, Präsident der deutschen Gartenbau-Gesellschaft, und Gartendirektor Dickopp von der Landwirtschaftskammer beigetreten sind. Dieser Ausschuß veranstaltet 2 Sonder-Studienfahrten zur Ausstellung bei Führung durch deutsche Fachleute. Jede Reise dauert 7 Tage und bringt zugleich eine gründliche Besichtigung von Paris, Versailles usw. Alles nähere sowie ein genauer Prospekt über die Reisen ist gegen Einsendung einer 10-Pfennigmarke zu beziehen durch die Geschäftsstelle A. Engel, Charlottenburg, Berliner Str. 90.

Von der „Gugali“.

Die Gesamtgestaltung und Einzeldurchbildung des Geländes der Liegnitzer Gartenbauausstellung will grundlegend neue Gedanken moderner Gartenarchitektur zeigen, insbesondere wird das Rosarium auf der Bergerwiese mit seinen 30 000 Rosen, die nach der Krügerschen Farbenlehre zum großen Teil auf einer Roseninsel angeordnet werden, eine Hauptsehenswürdigkeit moderner Gartenkunst werden.

Auch die reiche Schau der Sondergärten wird in vieler Beziehung Sehenswertes und Neues nicht nur für den Laien und für das große Publikum, sondern auch für den Fachmann bringen.

Gustav Allinger, der gartenarchitektonische Schöpfer der vorjährigen Dresdener Jubiläums-Gartenbau-Ausstellung, hat auch dieses Jahr in Liegnitz die künstlerische Oberleitung übernommen. Auf seinen vorjährigen Erfahrungen fußend, will er aus der Dresdener Spitzenleistung 1926 eine absolute Spitzenleistung in Liegnitz 1927 zustandebringen.

Rundschau

Stärkere Steigerung der Frauenlöhne.

Eine statistische Bearbeitung des betreffenden Materials im Internationalen Arbeitsamt zeigt, daß gegenüber der Vorkriegszeit in Schweden der Lohn der Männer im Durchschnitt, eine Steigerung von 29 Proz. und der der Frauen eine solche von 39 Proz. erfuhr. In Dänemark ist diese Steigerung bei allen Arbeitern 26 Proz., bei den Frauen 36 Proz. Norwegen verzeichnet im Jahre 1921, daß die Reallöhne der Männer gegenüber der Vorkriegszeit um 35 Proz. und die der Frauen um 47 Proz. gestiegen waren.

Der Wert der gewerkschaftlichen Organisation für die Frauen ist also ein recht bedeutender.

Bekanntmachungen

Wiesbaden. Sonntag, dem 15. Mai, Frühlingsfest in Kaisersaal zu Sonnenberg.

Sterbetafel

Am 9. April starb das Mitglied unserer Verwaltung Wiesbaden Friedrich Steinkopf, im Alter von 64 Jahren. Ehre seinem Andenken!

Bücherschau

„Thomas Münzer“ von Erich Kohlrusch. Tragödie in 5 Aufzügen aus der Zeit des großen Bauernkrieges. 114 Seiten, auf halbfreiem Papier, br. 1,75 M., geb. 2,50 M. Verlag der Neuen Gesellschaft, Berlin-Hessenwinkel.

„Die Gemeinwirtschaft“ erscheint monatlich und ist zum Preise von 2,40 M. für ein Vierteljahr zu beziehen durch jede Buchhandlung, Post, Briefträger und direkt den Verlag: Die Gemeinwirtschaft, Hermsdorf (Tür.).

„Die Wohnungsrage und die Bedeutung der sozialen Baubetriebe von Karl Herrmann (Minister a. D.), Bezirksleiter des Verbandes sozialer Baubetriebe. Herausgegeben vom Verband sozialer Baubetriebe G. m. b. H., Berlin 1927. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes G. m. b. H., Berlin S. 14, Inselstr. 6. — Preis 50 Pfennig.

„Der Mensch, sein Körper und seine Lebensfähigkeit. (von Stadtarzt Dr. M. Hodann, Berlin) betitelt sich das erste Heft der „Gesundheitschriften für das Volk“, die der Verlag G. Birk & Co. in München, Altheimerck 19, zum Preise von je 50 Pfg. (Porto und Verpackung 10 Pfg. extra) herausbringt.

„Der Seidenspinner“, Fachblatt für den gesamten Seidenbau in Deutschland, Organ verschiedener Seidenbau-Vereinigungen, erscheint monatlich. Bezugspreis bei Zustellung durch die Post 4.— M. pro Jahr. Verlag Martin Salzmann, Dessau.

„Blene und Bienenzucht von Prof. Dr. O. Krancher. Mit zahlreichen Abbildungen. Reclams Universal-Bibliothek Nr. 6732—34. Heft 1, 20 M., Band 2 M. — Das vorliegende Buch ist von einem der hervorragendsten Kenner der neuzeitlichen Bienenzucht verfaßt.

„Spätherbstblüten, Gereimte und ungereimte Lebensbilder von Adolph Hoffmann. Mit 6 Vollbildern und Titel vignette auf Kunstdruckpapier“ von Willi Steinert. Preis 1,50 M., 94 Seiten. Zu beziehen beim Verfasser, Berlin O 17, Koppensstraße 6.

Jeder Radfahrer beachte die Neuheiten, welche das größte Fahrradhaus Deutschlands in diesem Jahre soeben herausgebracht hat: Das Fahrrad mit Vorder-Federgabel und das Fahrrad mit Ballonbereifung machen das Fahren auf den schlechtesten Straßen zu einem Vergnügen. Wer eine Probefahrt auf einem solchen Rade gemacht hat, wird bestimmt kein anderes Fahrrad mehr kaufen. Wenn Sie sich also ein neues Fahrrad zulegen wollen, so empfehlen wir Ihnen, einen Katalog kostenlos anzufordern von der Firma Ernst Machnow, Berlin C 54, Weinmeisterstr. 14.

Robert Leonhardt & Co.

Erfurter Samenhandlung Berlin SW 11, Königgrätzer Str. 27

Garten- und Feldsamerzien

von nur zuverlässigsten Züchtern des In- u. Auslandes Grassamen - Mischungen in bestgeeigneten, erprobten Zusammensetzungen für Gärten, Parks u. Schmuckplätze

OBSTBÄUME

große Vorräte v. Hoch- u. Halbstämmen, Pyramiden und Spalleren in starker Ware Ferner alle anderen Baumschulartikel, als Alleebäume, Ziergehölze, Rosen, Beerenobst, Koniferen und Stauden

Tempelhofer Baumschulen Berlin-Tempelhof, Albrechtstr. 10-20, Südring 798

Roh-Fenster-Garten-Glas Kitt, Diamanton liefert billigst

WILLY HAHNE Fensterglas-Handlung Berlin SO 16, Brückenstr. 10b Fernspr.: Moritzplatz 13056

Vollfett-Käse 9 Pfd.-Laib 8,20 franko, direkt von der Dampfkäsefabrik Münder & Co., Nortorf

Junges Gärtnerhepapa gesucht Offerten mit Zeugnis abschließen unter 21540 an Krieger-Danz, Ann.-Exped., Berlin SW 11.

Käse billiger

ab Fabrik 9 Pfd. Harzer Mk. 4,— 9 „ Holst. Tilsiter Art in Stanniol, 10% „ 4,80 9 „ Holst. Edamer Art in Stanniol, 10% „ 4,90 9 „ echter Holländer, halbfett „ 7,80

E. Heinze, Käsefab., Hamburg 20, A 45

Achtung!

Ab 3. Mai neue Adresse der Hauptverwaltung des Verbandes der Gärtner und Gärtnerarbeiter: Berlin C 2 An der Stralauer Brücke 6, IV



Aquarien

jeder Größe und Zubehör, Durchlüftungs- u. Heizapparate, Pflanzen, Terrarien, Frosthäuser, Käfige usw. Prachtkatalog, Brosch. 1,50 M. franko. Liste gratis

U. Glascher Leipzig 9

Gärtner-Heppapa

ohne Kinder, geeigneten Alters, als Landschafts- und Blumen-gärtner verbunden mit Haus-meisterstelle nach Bad Harzburg gesucht. Offerten mit Gehaltsansprüchen bei freier Wohnung unter 21699 an Krieger-Danz, Ann.-Exped., Berlin SW 11.

Arcona-Räder

Kaufen Sie kein Fahrrad bevor Sie den Katalog über das Arcona-Rad mit Blattfedergabel u. das Arcona-Ballonrad gesehen haben. Diese Räder machen das Fahren auch auf den schlechtesten Wegen zum Vergnügen. Der reich illustrierte Katalog wird Ihnen ohne jede Kaufverpflichtung gratis und franko zugesandt. Neue Spezial-Fahrräder von 138.— Mk. an. Ernst Machnow Berlin C 54, Weinmeisterstr. 14